

# Klatsche im Klassenkampf

Die Erbschaftssteuer der Juso scheitert deutlich. Es ist der Schlusspunkt einer hart geführten Debatte.

Benjamin Rosch, Doris Kleck

Das muss auch eine unerschrockene Aktivistin erst mal sacken lassen. Als die ersten Trendzahlen über den Bildschirm flimmern, ist Juso-Präsidentin Mirjam Hostetmann eine der Letzten im Berner Progr, die in den trotzigen Beifall einstimmen.

Wenig später nestelt sie in einem roten (natürlich!) Mäppchen, auf dem steht «plein d'amour», voller Liebe. Es enthält unterschiedliche Statements, fein gegliedert nach Szenarien, die dann doch plötzlich zerzaust werden von diesem Abstimmungsresultat. 21 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sagen Ja zur Erbschaftssteuer. Das ist nach allen Gesichtspunkten eine Klatsche.

«Haben eine Welt zu gewinnen»

Zwei Stunden vorher steht Mirjam Hostetmann draussen und zieht an einer selbstgedrehten Zigarette. Wieder und wieder murmelt sie ihre Reden durch, die sie später ins Mikrofon ruft. «Unser Bewegung wird stärker werden», heisst es darin, «das ist sicher. Feiern wir uns für unsere Arbeit, und dann machen wir weiter, denn wir haben eine Welt zu gewinnen.»

Vom Publikum gibt es für solche Sätze den wärmsten Applaus an diesem Sonntagmittag. Es trägt einen wilden Mix aus Hawaiihemden, Weihnachtspullis und vereinzelt palästinensischen Kufiya, dazu die bevorzugten Pronomen auf dem Namensetikett. «Tax the rich», verlangen goldene Ballons im Hintergrund.

«Bei den Zwischenresultaten ist es wichtig, dass ihr stolz dreinblickt und motiviert wirkt», ruft Kampagnenleiterin Nathalie Ruoss den auffallend vielen jungen Frauen ins Gedächtnis.

Der Lösung folgen sie tapfer, auch dann noch, als sich die Karte der Schweizer immer röter färbt. Dass die Initiative angenommen würde, hatte hier kaum jemand erwartet. Hostetmann selbst sagte in einem ihrer ersten Interviews als Juso-Präsidentin, es sei nicht ihre Rolle, mehrheitsfähige Lösungen anzubieten. Ein «Stache» müsse die Jungpartei der SP sein. Das sei auch dieses Mal gelungen, findet Hostetmann: «Wir konnten während Wochen die unge-rechten Besitzverhältnisse in der Schweiz zum Thema machen.»

Der versuchte Klassenkampf in der rei-

chen Schweiz zog die Aufmerksamkeit der internationalen Presse auf sich. In den vergangenen Wochen durfte Hostetmann Medien aus den USA, den Niederlanden und sogar Japan Red und Antwort stehen. Ein Vermögensmagazin wählte sie zu den einfluss-reichsten Persönlichkeiten der globalen Finanzwelt.

Die Kehrseite dieser Personalisie-rung sind Drohungen, die Hostetmann und ihre Familie erhielten – manche wünschten ihr unverhohlen den Tod. «Das war krass. Ich hätte nie erwartet, dass dieses Thema derart polarisiert», sagt Hostetmann am Ende einer langen Kampagne.

Zunder war von Anfang an drin. Im Sommer 2024 war Hostetmann kaum im Amt, da warnte Unternehmer und Ex-SVP-Nationalrat Peter Spuhler vor der Erbschaftssteuer der Jungsozialis-ten. In einem emotionalen Interview sprach er über Auswanderungspläne und einen riesigen Schaden für den Wirtschaftsplatz Schweiz. Hostetmann hielt mit der Antwort nicht hinter dem Berg. Sie warf Spuhler vor, dass für ihn «Profit über Moral» stehe und seine Familie «steuerkriminell» sei. Dafür entschuldigte sich Hostetmann später. Eine Aussprache habe es

«Es war krass. Ich hätte nie erwartet, dass dieses Thema derart polarisiert.»

Mirjam Hostetmann  
Juso-Präsidentin

aber nie gegeben, sagt die Obwaldnerin.

**Klima rückt in den Hintergrund**

Angesichts solcher verbaler Auseinan-dersetzungen ist das eigentliche Ziel der «Initiative für eine Zukunft» in den Hintergrund gerückt: die Rettung des Klimas. «Wir wollten über die sozial ge-rechte Finanzierung von Klimaschutz reden. Die Gegner haben die Debatte aber verweigert», erklärt Hostetmann.

In der Öffentlichkeit sei vor allem die Besteuerung von Superreichen an-gekommen. Zur Erinnerung: Die Initia-tive verlangte eine Steuer in der Höhe von 50 Prozent für Erbschaften und Schenkungen über 50 Millionen Fran-ken. Das erwirtschaftete Geld hätte zweckgebunden dem Klima- und Um-weltschutz zugutekommen sollen.

Einigermassen überraschend ist deshalb, dass Hostetmann nach der Abstimmungsniederlage genau auf diesen Punkt fokussiert. Sie mag kaum mehr über die Erbschaftssteuer reden, die nun wohl für lange Zeit nicht mehr auf die politische Agenda kommt. Stattdessen sagt sie: «Es braucht eine Lösung für die Klimakrise. Mit der Nicht-Annahme der Initiative ist leider klar, dass die Kosten da-für nicht die Reichen tragen werden, son-dern die breite Bevölkerung.»

Sie spannt damit bereits den Bogen zum nächsten linken Abstimmungs-kampf: Am 8. März entscheidet die Schweiz über die Klimafondsinitiative von SP und Grünen. Einen Vorteil hat sich das Anliegen an diesem Sonntag aber mit Sicherheit nicht herausgespielt.

**Auch Gegner reden bereits von nächster Abstimmung**

Die Initiative verlangt, dass der Bund jedes Jahr 0,5 bis 1 Prozent des Brutto-inlandprodukts in einen speziellen Kli-mafonds einzahlt. Wer die Rechnung bezahlen soll, ist unklar. Und so ist ab-sehbar, dass sich auch der Abstim-mungskampf um die Klimafondsinitia-tive in erster Linie ums Geld – und nicht um das Klima drehen wird.

Darauf verweist Jürg Grossen, Prä-sident der GLP und Unternehmer. «Der Klimaschutz ist noch nicht auf unserem Wunschniveau», sagt Gros-sen. Er kann der linken Initiative den-noch nichts abgewinnen. Weil sie ge-nauso radikal sei wie die Erbschafts-steuer-Initiative und unklar sei, woher das Geld kommen soll.



Auch Medien aus den USA oder Japan berichteten über ihren Kampf gegen die «Superreichen»: Juso-Präsidentin Mirjam Hostetmann und ihr Vorgänger Nicola Siegrist. Bild: Keystone

Grossen sagt zwar, dass das Klima schon weiter oben auf der politischen Agenda stand. Ins grosse Klageli-ed will er aber nicht einstimmen. Er sieht vie-le positive Entwicklungen. Etwa der Aus-bau der Solarenergie. Gehe es so weiter, würden die Ausbauziele bis 2050 erreicht. Bei der Neuzulassung

von elektrischen Lastwagen sei die Schweiz Weltspitze. Und vor einem Jahr habe die Schweizer Stimmbevöl-kerung mit 70 Prozent dem neuen Stromgesetz zugestimmt. Ein Be-kenntnis zum Klimaschutz.

Statt mehr Geld brauche es vor al-lem gute Rahmenbedingungen. Gros-

sens Kritik setzt hier an: Der Bundesrat sei daran, diese zu verschlechtern. So will er beim Gebäudeprogramm sparen oder die LSA auch für elektrische Lastwagen erheben.

Die Klimafondsinitiative kommt im März zur Abstimmung. Die Kon-stellation wird gleich sein wie bei der Erbschaftssteuer: GLP, Mitte, FDP und SVP werden zusammen mit den Wirt-schaftsverbänden dagegen antreten. Economiesuisse rechnete am Sonntag bereits vor, dass die Klimafondsinitia-tive 2030 9,6 Milliarden Franken kos-ten würde. «Damit würde der wirt-

schaftliche Schaden dieser Initiative sogar die Juso-Initiative übertreffen», so der Verband. Einsparungen in an-deren Bereichen und massive Steuererhö-hungen für die Bevölkerung wären die Folgen.

«Juso hat Reichenbashing übertrieben»

Die Wirtschaftsverbände wollten nicht nur einen Sieg an diesem Sonntag, son-dern einen deutlichen. Mit einem Nein-anteil von 78,3 ist ihnen dies gelungen. Die Juso-Initiative erreichte weniger Zustimmung als die Initiative des Jung-

freisinns für die Erhöhung des Renten-alters im letzten Jahr.

Für Economiesuisse-Präsident Christoph Mäder ist der Erfolg auch ein Zeichen dafür, dass die Wirtschaft mehr Gesicht zeigen und sich in gesellschaftli-che Diskussionen einmischen muss. Das Nein wertet er als Ja zum Unternehme-rtum – und als Absage an die Neidkultur der Juso. «Die Juso hat das Reichenbashing übertrieben», sagt Jürg Grossen.

Es bleibt abzuwarten, ob sich die Gemüter nun wieder beruhigen. Bis «plein d'amour» scheint der Weg noch lang.

## Kommentar

### Die SP sollte sich von ihrem antikapitalistischen Erbe trennen

Die Stimmberechtigten haben einmal mehr der anberaumten «Jagd auf Vermögende» eine Abfuhr erteilt, wie das schon 2015 – damals hiess es «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV» – der Fall war, immerhin lag der Nein-Stimmen-an-teil damals bei 71 Prozent.

Das klare Resultat dürfte nicht einmal in der Juso für Überraschung sorgen: Den meisten Menschen in diesem Land ist schon länger klar, dass die breite Bevölkerung der Schweiz vom Reichtum einzelner mitprofitiert. Sei es, dass Vermögende einen wesentlichen Teil der Steuerlast tragen, sei es, dass sie als Unternehmer in der Schweiz und anderswo Jobs anbieten oder schaffen und so zum Wohlstand beitragen. Dass im Schweizer Unternehmertum oft auch Selfmade-Millionäre anzutreffen sind, hat die öffentliche Wahrnehmung geprägt:

Das Juso-Szenario einer hermetisch-abgeschlossenen Adelskaste, die nur über Erbe reich bleibt, widerspiegelt die Schweizer Lebensrealität nicht. Es ist andersherum: Erfolgreich sein können auch Menschen aus einfachen Verhältnissen. Das ist eine Folge einer Chancengleichheit, die auf einem starken öffentlichen Schulsystem basiert.

Zwischenfazit: Die Stimmberechtig-ten haben der Jungpartei einmal mehr deutlich gemacht, dass ein eindimen-sionales und aus den marxistischen Altbeständen stammendes Anliegen genau dort hingehört – in die jungso-zialistische Mottenkiste.

Gleichzeitig wirft der Abschiffer der Initiative ein schlechtes Licht auf die SP, die sich einmal mehr vor den Karren der jung-forschen Polarisierer hat spannen lassen und jetzt die Niederlage mitverantworten muss.

«Die SP sollte den Mut haben, sich von ihrem antikapitalistischen Erbe zu trennen. Gern auch zu 100 Prozent.»

Daran ändert auch der Umstand nichts, dass die SP-Spitze nach klaren Prognosen im Vorfeld der Abstim-mung die Klatsche hat kommen sehen und mit der Idee einer Light-Um-setzung der Initiative eine letzte Rettungsleine hatte zuwerfen wollen. Am Rande: Die aggressive Kampag-ne, die einzelne Reiche an den

## Nach klaren Niederlagen: Volksmotion erhält Auftrieb

Politikerinnen und Politiker von SVP bis Grünen verlangen ein neues Instrument für die Schweizer Demokratie.

Benjamin Rosch

Das Volk hat immer recht. Und gerade wieder hat es recht den Kopf geschüttelt: Die nationale Erbschaftssteuer der Juso blieb genauso chancenlos wie ein freiwilliger Bürgerdienst für alle.

Die Volksinitiative ist die vielleicht schärfste Waffe in der Schweizer Politik. Sie ist das Versprechen, dass jeder Bür-ger und jede Bürgerin einen Wunsch ins System einbringen, im Aussersten sogar in die Verfassung schreiben kann.

Vielleicht gerade darum ist sie als Ins-trument nicht besonders erfolgreich. Nur etwas mehr als zehn Prozent aller Volks-begehren, die zur Abstimmung gelangen, werden von Volk und Ständen auch an-genommen. Häufig lautet die Bilanz für einen nationalen Abstimmungstermin, wie ihn die Juso- und die Service-Citoyen-Initiative nötig gemacht haben: Ausser Spesen nichts gewesen.

Die Kosten für dieses kollektive (Aus-)Üben der Grundrechte betragen rund 7,5 Millionen Franken, berechnet einst die Staatskanzlei. Darin enthalten sind der Druck der Abstimmungsunterlagen, deren Versand und die Entschädigungen für die Stimmenzähler. Sechs Parlamen-tarierinnen und Parlamentarier aus sechs Parteien fordern nun einen neuen Weg. Sie politisieren für die SVP, die SP, die Mitte, die Grünen, die EVP und die GLP. Einzeln haben sie im Herbst in einer konzertierten Aktion gleichlauten-de Postulate eingereicht, welche die Prü-fung einer Volksmotion verlangen.

Es handelt sich dabei um ein neues Mittel der Demokratie, einen Zwitter zwischen Volksinitiative und Petition. Letztere sei zwar leicht zugänglich, «aber wenig verbindlich, da eine einzige Unter-schrift ausreicht und das Parlament nicht verpflichtet ist, darauf zu reagieren», schreiben die Parlamentarier. Mit einer Volksmotion könnten Menschen aus der Bevölkerung eine Idee aufs Tapet bringen, ohne dass sie deren Aufwand schultern müssten. «Auch ich hatte am Anfang viele Sympathien für die Service-Citoyen-Initiative», sagt die Aargauer Mitte-National-rätin Maya Bally. «Aber vielleicht wäre die

se genau ein Beispiel für eine Idee, die von einem niederschweligen Zugang profitiert hätte. Dann hätte eine Parlamentskom-mission beispielsweise die Frage zur Rolle der Frauen noch besser abstimmen kön-nen.» Bally gehört zu jenen sechs Politike-rinnen, welche einen Vorstoss zur Volks-motion eingereicht haben.

Die Idee dazu ist indes nicht neu. Bereits 2012 nahm der damalige partei-lose Ständerat Thomas Minder einen Anlauf, die Volksmotion zu lancieren. «Das Quorum für die eidgenössische Volksmotion könnte im Bereich von et-wa 15'000 bis 25'000 Stimmberechtig-ten liegen, die maximale Sammelfrist bei etwa 9 bis 18 Monaten», schwebte ihm vor. Minder blieb chancenlos, le-diglich fünf andere Ratsmitglieder stimmten mit ihm.

Auf eine genaue Zahl festlegen will sich Bally nicht. Um eine gewisse Hürde einzubauen, dürften aber mehrere zehn-tausend Unterschriften nötig sein. Für eine Volksinitiative braucht es 100'000 beglaubigte Unterschriften, für ein Refe-rendum 50'000.

Fünf Kantone kennen die Volks-motion ausserdem bereits seit Jahren: Solothurn, Schaffhausen, Freiburg, Neuenburg und Appenzell Ausserrho-den. Auf nationaler Ebene wollte der Bundesrat 2012 indes nichts wissen von diesem Instrument. Mehr Rechte bedeuteten nicht mehr Demokratie, urteilte die Regierung und empfahl Minders Motion zur Ablehnung.

**Überraschung aus dem Bundesrat**

Dreizehn Jahre später hat der Wind gedreht. Vor etwas mehr als einer Wo-che gab der Bundesrat bekannt, dass er die Postulate zur Volksmotion an-nehmen will.

Bis die Volksmotion Realität würde, ist es aber noch ein langer Weg: Ein Postulat verlangt lediglich einen bundes-rätlichen Bericht. Bis zur Erweiterung der demokratischen Rechte wird die Schweiz noch über so manche Volksinitiative ab-stimmen – und vielleicht sogar auch die eine oder andere annehmen.

Pranger gestellt hat, war ein untaug-licher Versuch, die Menschen aufzu-stacheln, ist aber voll nach hinten losgegangen, denn der Einbezug der Wirtschaftsvertreter hat genau das Gegenteil bewirkt: Die Glaubwürdig-keit der Angegriffenen hat der Initiative weitere Stimmen gekostet.

In einer über den Tag hinausgehenden Betrachtung ist bei dieser Abstimmung ein ungelöstes Problem erneut auf-ge-taucht, das die SP mit der Juso teilt: Wer noch immer wie die beiden Partei-en die «Überwindung des Kapitalis-mus» zu seinen offiziellen Zielen zählt, hat die Signale der Menschen nicht verstanden (oder nicht gehört).

Kaum ein SP-Exponent verteidigt im vertraulichen Gespräch diese utopis-che Irrung noch, meist wird dann auf eine historische Bedeutung verwie-sen. Aber das wiederum stimmt eben



Robin Blanck  
SN-Chefredaktor  
robin.blanck@shn.ch